### Probeübersetzung

### Politische Risken

Wenn Unternehmen geschäftlich im Ausland tätig werden möchten, müssen sie an erster Stelle die damit verbundenen politischen, d. h. (Länder-)Risiken des jeweiligen Landes beurteilen. Kurz gesagt, handelt es sich um das Risiko, dass sich die Kapitalrendite aufgrund politischer Entscheidungen, Ereignisse oder Umstände verschlechtern könnte (Matthee, 2011). Es gibt eine Vielzahl politischer Risiken, die aus einem politischen und rechtlichen Umfeld entstehen.

Das erste politische Risiko, das ein in ausländischen Märkten agierendes Unternehmen ausgesetzt sein könnte, sind von der Regierung auferlegte Handelsbarrieren. Beispielsweise könnte eine ausländische Regierung Einfuhrzölle erheben, um so den inländischen Arbeitsmarkt vor Einfuhren zu schützen und mehr wertschöpfende Tätigkeiten im Land zu schaffen. Das würde einem Unternehmen, das seine Güter in diesen ausländischen Markt exportieren möchte, schaden, da die Besteuerung der Einfuhren die Güterpreise erhöht. Das zweite Risiko, typisch für Entwicklungsländer, ist das unsichere Eigentumsrecht. Eine Übernahme des Vermögens aufgrund unsicherer Eigentumsrechte durch die Regierung kann unterschiedliche Gestalt annehmen:

* Beschlagnahme ist die Einziehung von Gesellschafts- oder Privatvermögen ohne Schadensersatz. Beispielsweise hat in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts, der damalige simbabwische Ministerpräsident Robert Mugabe über 5000 landwirtschaftliche Betriebe, die Landwirten europäischer Abstammung angehörten beschlagnahmt und das enteignete Land einheimischen Simbabwern neu vergeben (Cavusgil et at, 2014). Beschlagnahme stellt heutzutage immer noch ein Risiko im Bergbau in Entwicklungsländern dar.
* Enteignung ist die Einziehung von Gesellschafts- oder Privatvermögen mit Schadensersatz. 2008 wurde TNK-BP, eine russische Tochtergesellschaft von British Petroleum dazu gezwungen große Anteile ihres Ölgeschäftes an das nationale russische Energieunternehmen Rosneft zu verkaufen. Dies geschah aufgrund des politischen Drucks seitens der russischen Regierung (Economist, 2008; Cavus et al., 2014).
* Verstaatlichung ist die Einziehung eines gesamten Sektors. Auch wenn in einigen Fällen ein Schadensersatz angeboten wird, ist das nicht die Norm. Zum Beispiel wurden große Teile der bolivianischen Rohstoffindustrie ohne Schadensersatzangebot vom Staat verstaatlicht (Economist, 2008; Cavusgil et al., 2014).